

Übergang Schule – Beruf: *auch* eine kommunale Gestaltungsaufgabe?

„Kommunale Koordinierung“ und die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative

Abstract:
Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative ist ein Zusammenschluss von Städten und Kreisen, die sich aktiv an der Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt engagieren. Zentrale Stichworte sind: Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft. Die aktuelle Herausforderung ist, über die Berufsorientierung hinaus gelingende Berufsausbildung mit in den Blick zu nehmen.

Übergang Schule – Arbeitswelt: viele Jahre lang wurde dies vor allem unter dem Aspekt der mangelnden Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt betrachtet, also unter einer einseitigen Defizitperspektive. Das Aufnahmesystem Betrieb blieb weitgehend unhinterfragt.

Aber auch heute, da Betriebe um Auszubildende werben und es Sorgen über fehlenden Fachkräftenachwuchs gibt, erhalten keineswegs alle Jugendlichen, die eine Ausbildung aufnehmen möchten, einen Ausbildungsplatz und schon gar nicht einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl.

Ein aktueller Ausgangspunkt: Benachteiligung hartnäckiger als gedacht

Die Betriebe lassen ihre Ausbildungsplätze eher unbesetzt, als diese Jugendlichen einzustellen. Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören überdurchschnittlich häufig zu jenen, die ohne Ausbildung bleiben. Tatsache ist mithin: Berufsausbildung ist nicht ausreichend *geöffnet* für die Vielfalt der jungen Leute: Vielfalt in Hinblick auf schulische Leistungen, auf Haltungen und Interessen, auf unterschiedliche Herkunftsgeschichten und auch im Blick auf Gender. In der pädagogischen Fachsprache: Heterogenität.

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist insofern ein *besonderer* Bildungsübergang, als die Ausbildung auf der Basis eines Ausbildungsvertrags erfolgt, der einem Arbeitsvertrag ähnelt. Partner sind also nicht nur öffentliche Bildungseinrichtungen, sondern privatrechtlich aufgestellte Betriebe. Diese haben in der „Dualen Ausbildung“ ein be-

sonderes Gewicht, denn sie entscheiden, ob und wie viel und in welchen Berufen sie ausbilden und *wem* sie einen Ausbildungsvertrag geben.

Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt kann sich also nicht auf Berufsorientierung beschränken, sondern muss auch „Gelingende Ausbildung“ selbst zum Thema machen.

Die Entdeckung des „Lokalen“

Die „Entdeckung“ der lokalen bzw. regionalen Handlungsebene und der Beginn dessen, was heute „Kommunale Koordinierung“ oder „Lokales oder Regionales Übergangsmanagement“ genannt wird, war ursprünglich eng mit der Ausbildungsmarktkrise um die Jahrhundertwende verbunden

War dies vor zehn Jahren noch die Initiative einiger weniger bildungsaktiver Städte und Kreise, hat der Ansatz sich inzwischen stark verbreitet und ist zudem zum Bestandteil von Förderprogrammen aus Bund und Ländern oder bereits zu einem strukturellen Bestandteil neugestalteter landesweiter „Systeme“ des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt geworden. Dies gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen („Kein Abschluss ohne Anschluss“), aber in eingeschränkterer Form z. B. auch für Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und für den Freistaat Sachsen.

Diese faktische Aufwertung der Kommunen im Feld des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt und von Bildung insgesamt hat aber rechtlich noch keine Entsprechung gefunden. Haushaltsrechtlich bleibt Kommunale Koordinierung eine *freiwillige Leistung* und des-

Wilfried Kruse und
Angela Paul-Kohlhoff

wegen vor allem in Zeiten kommunaler Haushaltsnot immer bedroht.

Kommunale Koordinierung und lokale Verantwortungsgemeinschaft: Schlüsselkonzept der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative

Kommunale Koordinierung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt ist das „Markenzeichen“ der „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“ (www.kommunale-koordinierung.de). Sie ist ein bundesweiter Zusammenschluss bildungsaktiver Städte und Kreise und versteht sich als eine Art „Motor“ für die praktische Erprobung und Verbreitung von kommunaler Koordinierung und engagiert sich „anwaltschaftlich“ für förderliche Rahmenbedingungen.

Kommunale Koordinierung meint eine verantwortliche und Impulse gebende Federführung bei der wirksamen Gestaltung gelingender Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt. Die Gesamtheit der Übergangswege im Gebiet einer Stadt oder eines Kreises wird dabei als ein zu gestaltendes *lokales Übergangssystem* gesehen. Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative versteht den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt als eine Periode wichtiger *bildungsbiografischer Weichenstellungen innerhalb von Bildungsbiografien*. „*Gelungende Bildungsbiografien*“ ist die *übergeordnete Zielstellung*.

Aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft ist Kommunale Koordinierung nicht ohne *Lokale Verantwortungsgemeinschaft* denkbar. Darunter wird die Gesamtheit der „Akteure“ verstanden, die auf Übergänge Einfluss haben und die für deren wirksame Gestaltung gebraucht werden.

Kommunale Koordinierung wirkt in diesem Sinne wie eine „Spinne im Netz“ der Lokalen Verantwortungsgemeinschaft. Dies kann sie, weil und sofern sie sich auf die Autorität der gewählten politischen kommunalen Spitze bezieht und durch sie legitimiert ist.

Bürgermeister und Landräte sind dem Allgemeinwohl und der Daseinsvorsorge für die von ihnen vertretenen Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Diese generelle Aufgabe unterscheidet sie von allen anderen Akteuren der lokalen Verant-

wortungsgemeinschaft, die jeweils spezifische und – bezogen auf den Gesamtprozess Übergang – auch partielle Aufgaben wahrnehmen oder Interessen verfolgen. Kommunale Koordinierung muss pro-aktiv und professionell handeln. *Koordinierungsstellen* sind hierfür ebenso Voraussetzung wie ein Instrumentenset und ein Repertoire an Regeln und Verfahren.

Eine wirksame Gestaltung von Übergängen von der Schule in die Arbeitswelt hängt in erheblichem Umfang auch von landespolitischen Rahmensetzungen ab, insbesondere immer dann (aber nicht nur), wenn Schule als Partnerin gefordert ist. Die kommunale Familie weist schon seit Jahren auf die *gewachsene Rolle von Städten und Landkreisen im Feld der Bildung* hin. Die Arbeitsgemeinschaft plädiert deshalb für eine *Übergangs- und Bildungspartnerschaft* zwischen Kommunen und Ländern *auf Augenhöhe*.

Kommunale Koordinierung: eine einleuchtende Idee, die nicht leicht umzusetzen ist

Alle Erfahrungen zeigen: Kommunale Koordinierung ist eine einleuchtende Idee, die nicht leicht umzusetzen ist. Vieles hängt davon ab, wie sie sich „positionieren“ kann, sowohl im Inneren der kommunalen Verwaltungen als auch nach außen (vergl. Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative 2013)

Nach „außen“ ist die Situation der Kommunalen Koordinierung vor allem dadurch bestimmt, dass sie es mit Partnern zu tun hat, die jeweils einen eigenen rechtlichen und faktischen Kontext und eine eigene, von der Kommune formal unabhängige Aufgabenstellung haben. Die Zusammenarbeit basiert also auf *Freiwilligkeit* und *Einsicht. Verbindlichkeit* wird damit zum Schlüsselbegriff der lokalen Verantwortungsgemeinschaft.

Nach „innen“, also in die Verwaltungen hinein, ist die Lage der Koordinierung zuweilen unbequemer als zu den externen Partnern: Die Verwaltungen sind aber in Aufbau und Entscheidungsprozessen vertikal hierarchisch strukturiert, eine fachliche Querkordinierung ist eher unüblich, aber im Fall der Bildungskordinierung unabweisbar.

Wie die „Kommunale Koordinierung“ vorankommt, hängt also in erheblichem Maße von ihrer Rolle und ihrem Gewicht im kommunalen Organisationsgeschehen ab. Von daher ist es wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass Bildung und damit auch die Arbeit der Koordinierungsstelle regelmäßig Gegenstand von Beratungen in den *Stadträten* bzw. *Kreistagen* ist.

Für eine erfolgreiche Gestaltung lokaler und regionaler Bildungslandschaften bleibt als unabwiesbares Kriterium, *was mit jenen Kindern und Jugendlichen passiert, die sich in Risikolagen befinden und vom Scheitern ihrer Bildungsbiografien bedroht sind*. Hier sind nun auch die *jungen Geflüchteten* einzuschließen, deren Recht auf Bildung unteilbar und unaufschiebbar ist.

Schließlich: Bildung und gelingende Bildungsbiografien stärken die Demokratie; Berufsausbildung ist niemals nur Zweckbildung

Auf Ausbildungsqualität setzen

Die Konzentration bei der Förderung des Übergangs auf eine verbesserte *Berufsorientierung* operiert letztlich, insbesondere bezogen auf Jugendliche in Risikolagen, mit Defizitannahmen, wie etwa mit der (durchaus anzweifelbaren) Diagnose: „Mangelnde Ausbildungsreife“: Was sich häufig eigentlich hinter solchen Diagnosen verbirgt, ist die Erwartung, dass das Risiko zu hoch sei, dass jene Jugendlichen in der Ausbildung und in der Abschlussprüfung scheitern.

Das ist ein im Grunde ganz erstaunlicher Tatbestand: Gehört doch zu den festen Überzeugungssätzen vor allem auch der Vertreter des „Dualen Systems“ das enorme *Bildungs- und Sozialisations-Potenzial berufspraktischen Lernens*, nicht unter schulischen, sondern unter sogenannten ‚Ernstbedingungen‘. De facto scheint es aber erhebliche und für die Jugendlichen folgenreiche Zweifel an der pädagogischen Leistungsfähigkeit dualer Bildung zu geben. Die Ausgrenzungspraxis kritisiert heftig manche Postulate aus Sonntagsreden.

Oftmals wird von Betriebsseite darauf hingewiesen, dass die hauptsächlichen Hürden nicht in der betrieblichen Ausbildung, sondern in der Berufsschule lägen. Das heißt aber nichts anderes als dieses:

die beiden Lernorte stehen oftmals nebeneinander, anstatt sich pädagogisch systematisch aufeinander zu beziehen.

Kommunale Koordinierung: Gelingende Ausbildung zum Thema machen

Die tatsächliche Öffnung der Berufsausbildung für jene, die bisher abseits gestanden haben, gehört gegenwärtig zu den zentralen Herausforderungen – und muss von daher Thema und Gegenstand des kommunalen Bildungsmanagements/der Kommunalen Koordinierung sein (vgl. Kruse 2013). Hierzu gehören übrigens stets auch junge Frauen, die im „männlichen Projekt“ Duale Berufsausbildung traditionell Schwierigkeiten haben, ihren Weg zu finden (vgl. Paul-Kohlhoff 2012).

Warum ist dies so wichtig? Erfolgreiche Berufsausbildung und gelingender Einstieg in eine Fachbeschäftigung bildet noch immer die zentrale Basis für eine *selbständige Lebensführung* ohne dauerhafte staatliche Transferleistungen. Viel ist in *Berufsorientierung* investiert worden und hierbei gibt es reale Fortschritte. Es ist keineswegs leicht, Jugendliche, die arbeitsweltfern oder in Milieus aufwachsen, in denen schwere Arbeit noch nicht einmal ausreichend Lohn abwirft, zu motivieren, damit sie Interesse an einem Beruf gewinnen, sich ‚kümmern‘ und bewerben. Schließlich und endlich

dann doch keine Ausbildung zu erhalten, untergräbt dieses fragile Interesse, und das Gefühl, nicht dazu zu gehören, bestätigt sich erneut. Und diese *Negativbotschaften* breiten sich aus: in den Familien, in den Schulklassen und den Freundeskreisen.

Es sind vor allem drei Felder, die im Sinne einer wirksamen Öffnung von Ausbildung für jene, die bislang abseits gestanden haben, positiv und besser als bisher gestaltet werden müssen: (1) Werbung, Ansprache und eine systematische Abfolge von Betriebspraktika müssen sich an der tatsächlichen Vielfalt orientieren, (2) Auswahlverfahren und Einstellungsentscheidungen müssen unter dem Gesichtspunkt der Öffnung von Zugangschancen überprüft und verändert werden, (3) das Lernen in der Berufsausbildung muss *pädagogisch auf Vielfalt* ausgerichtet werden; insbesondere auch im Sinne einer Neujustierung der pädagogischen Kooperation zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule.

Die Kommunale Koordinierung darf sich also pädagogischen Fragen der Ausbildungsgestaltung keinesfalls verschließen, sondern muss vor Ort *Arbeitsformen* anregen und betreiben, die einen Beitrag zu einer *pädagogischen Innovation* leisten.

Daraus folgt: Themen und Partnerschaften der Lokalen Verantwortungsgemeinschaft müssen erweitert werden: Zu dieser erweiterten Partnerschaft gehören Ausbildungsbetriebe und *Berufsschulen*,

die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter, die Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, die sich vor allem an junge Erwachsene auf deren Weg in eine selbständige Lebensführung richten und die neuen Jugendberufsagenturen.

Literatur:

- Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.) (2013). *Lokale Bildungsverantwortung. Kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt*, Stuttgart
- Kruse, W. (2013). Lokale Berufsbildungspolitik? In Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): *Lokale Bildungsverantwortung. Kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt*, Stuttgart, S.32-43
- Paul-Kohlhoff, A.(2012). Berufliche Bildung in Deutschland – ein männliches Projekt? In Kuda, E. et. al.(Hrsg.): *Akademisierung der Arbeitswelt? Zur Zukunft der beruflichen Bildung*, Hamburg, S. 259-266

Dr. Wilfried Kruse

von 1972 bis 2012 Arbeits- und Berufsbildungsforscher an der Sozialforschungsstelle Dortmund, koordiniert die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative
w.kruse@weinheimer-initiative.de

Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff

war Hochschullehrerin für Berufspädagogik an der TU Darmstadt, begleitet die Arbeitsgemeinschaft von Beginn an und arbeitet in ihrem Koordinierungskreis mit
apkohlhoff@googlemail.com

Netzwerk für Ausbilderinnen und Ausbilder:

BIBB-Internetportal „foraus.de“

Im foraus.de-Netzwerk stehen Ausbilderinnen und Ausbilder zahlreiche Angebote zur Diskussion, Recherche und Unterstützung ihrer täglichen Ausbildungspraxis zur Verfügung. Das Portal bietet unter anderem ein Forum zum Erfahrungsaustausch, Lernbausteine zum Selbstlernen im Lernzentrum, Weiterbildungsangebote und hilfreiche Hinweise für das Ausbildungspersonal.

foraus.de richtet sich mit seinen Angeboten an haupt- und nebenberufliche Ausbilderinnen und Ausbilder, an ausbildende Fachkräfte in Betrieben, an Multiplikatoren zur Qualifizierung des Berufsbildungspersonals sowie an Ausbildungsleiterinnen und Ausbildungsleiter im Bereich der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung. Weiterhin werden mit den Informationen und Diensten von foraus.de leitendes Personal im beruflichen Bildungswesen, Verantwortliche im Bereich der Personal- und Organisationsentwicklung sowie Personen, die an pädagogischen Prozessen und innovativen Entwicklungen in der beruflichen Bildung interessiert sind, angesprochen.